

Antwort BSW

Sehr geehrte Frau Kilic,

vielen Dank für Ihr Schreiben und die Möglichkeit, zu einem Thema Stellung zu nehmen, dass für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Gesundheit vieler Menschen von großer Bedeutung ist.

Akzeptierende und niedrigschwellige Beratung sowie Streetwork sind aus unserer Sicht unverzichtbare Bestandteile einer modernen Drogen- und Suchthilfe. Menschen in schwierigen Lebenssituationen benötigen Hilfsangebote, die sie ohne Angst vor Ausgrenzung oder Stigmatisierung in Anspruch nehmen können. Prävention und Beratung müssen dort stattfinden, wo Menschen tatsächlich erreicht werden – auf der Straße, in Schulen, Jugendclubs oder in ihrem sozialen Umfeld. Gerade Streetworker und Beratungsstellen leisten hierbei eine Arbeit, die weit über die reine Suchtberatung hinausgeht. Sie bauen Vertrauen auf, vermitteln in Hilfesysteme, unterstützen bei psychischen Belastungen, familiären Konflikten, Wohnungsproblemen oder der beruflichen Integration. Dadurch verhindern sie häufig, dass sich Krisen weiter verschärfen. Diese Arbeit spart nicht nur langfristig gesellschaftliche Folgekosten, sondern verbessert vor allem die Lebensperspektiven der Betroffenen. Aus Sicht des BSW Sachsen-Anhalt muss Prävention einen deutlich höheren Stellenwert erhalten. Dazu gehören eine verlässliche Finanzierung der Beratungsstellen, ausreichend Personal sowie Planungssicherheit für Träger. Es kann nicht sein, dass Einrichtungen mit existenziellen Finanzierungsunsicherheiten arbeiten müssen, obwohl ihre Arbeit gesellschaftlich dringend benötigt wird. Gute Sozialarbeit lebt von Kontinuität und vertrauensvollen Beziehungen – beides ist nur mit einer langfristigen Förderung möglich. Besonders wichtig ist uns außerdem die Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe. Viele Suchterkrankungen entwickeln sich nicht isoliert, sondern stehen im Zusammenhang mit Armut, Perspektivlosigkeit, psychischen Erkrankungen oder belastenden Familienverhältnissen. Deshalb muss Prävention früh beginnen. Schulen, Jugendhilfe, Suchthilfe, Gesundheitswesen und Kommunen sollten deutlich enger zusammenarbeiten, um gefährdete junge Menschen frühzeitig zu erreichen.

Wir halten zudem eine ideologiefreie Drogenpolitik für notwendig. Weder reine Repression noch Verharmlosung führen zum Ziel. Entscheidend ist eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Suchterkrankungen sind gesundheitliche und soziale Herausforderungen, denen mit professioneller Hilfe, Prävention und medizinischer Versorgung begegnet werden muss.

Gerade in Sachsen-Anhalt sehen wir zudem Handlungsbedarf bei der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung. Lange Wartezeiten erschweren häufig den Zugang zu notwendiger Behandlung. Deshalb setzen wir uns für den Ausbau entsprechender Angebote und eine bessere Vernetzung zwischen Suchthilfe, psychiatrischer Versorgung und kommunalen Hilfestrukturen ein.

Abschließend möchten wir uns ausdrücklich für die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Ihrer Einrichtung bedanken. Sie leisten tagtäglich einen wichtigen Beitrag für Menschen, die oftmals keine starke Lobby haben. Diese Arbeit verdient nicht nur gesellschaftliche Anerkennung, sondern auch eine verlässliche politische Unterstützung.

Für den weiteren Austausch stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,
John Lucas Dittrich
Landesvorsitzender BSW Sachsen-Anhalt

20.07.2026